

Ercheint täglich morgens. Montag und 666 Feiertagen ab
Preis frei bei Haus monatlich 15 Mk., durch die Post (auschl. Besondere) monatlich
17 Mk. Geschäftsstellen: Unterhaltungsblatt, Sonntagsblatt, Soziale Arbeit, Haupt-
geschäftsstelle am Reichstag, Kleing. Kleing. 4, Telefon 98 und 128. Geschäfts-
stellen: Kleing. Kleing. 4, Tel. 590. Hildenburg, Dorotheenstr. 4, Tel. 1022.
Kleing. Kleing. 4, Tel. 1022. Kleing. Kleing. 4, Tel. 1022.

Oberschlesische

Einzelpreis 70 Pf.
Sonntags 100 Pf.
Kleing. Kleing. 4, Tel. 1022. Kleing. Kleing. 4, Tel. 1022.

Volksstimme

Organ der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens

Ar. 50 Montag, den 20. Februar 1922 48. Jahrgang

Französische Sühneforderungen für Petersdorf?

Basel, 20. Februar. (Eig. Meldung.) Der
Feler Anzeiger meldet aus Paris, daß am
17. März nochmals Truppenkonzentration
für Oberschlesien stattfinden. Den Ba-
siern zufolge hat am Sonnabend der Mi-
nister mehrere Stunden lang über die Sühne-
forderungen beraten, nachdem bereits General Koller
am Abend früh eine neue Vorstellung nach
Berlin mitgenommen hat. Dem „Echo“ zu-
folge beschloß der Ministerrat bis 25. Februar abzu-
warten, die Vorgänge aber als eine gegen die Sicher-
heit der französischen Befehlsgewalt gerichtete At-
te anzusehen, zu deren Sühneforderung die fran-
zösische Regierung ohne Zuziehung des Völkerver-
trages berechtigt sei.

Deutschlands schlechte Baluta und Frankreichs Ruinen

Paris, 20. Februar. Nach einem Bericht
des Anzeigers über die Beschäftigung
französischer Arbeiter in der Gegend von
Petersdorf, ist man geteilter Meinung. Während
der Meinung sind, daß deutsche Arbeiter nur
in kleinerer Anzahl beschäftigt wer-
den, verlangen die anderen, daß nur die
„Zone“ hierfür in Betracht komme.
Der Vorsitzende der Wiederaufbau-Gesellschaft
meint: Das Wiederaufbau-Gebiet benötige
bis 250 000 Techniker. Wenn man annehme,
daß Deutschland 100 000 stelle, wer werde sie be-
zahlen? In erster Linie in Frankreich er-
halten und im anderen Falle müsse
Deutschland so viel Franks kaufen,
als ein neuer Sturz der Mark und da-
mit ein Protest der Engländer zu er-
warten sei.

Die Neubildung von Ländern

In Artikel 18 der Reichsverfassung ist be-
stimmte die Möglichkeit von Neubildung von
Ländern im Deutschen Reich offen gelassen.
Artikel 18 der Reichsverfassung befaßt u.
a. mit der Gliederung des Reiches in Länder
unter möglichst Berücksichtigung der wirt-
schaftlichen und kulturellen Selbstständigkeit
des Volkes. Die Veränderung des Gebietes
von Ländern und die Neubildung von Ländern
innerhalb des Reiches erfolgen durch ver-
ordnungsähnliches Reichsgesetz. Stimmen die
beteiligten Länder zu, so bedarf es
eines einfachen Reichsgesetzes. Ein ein-
faches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines
beteiligten Länder nicht zustimmt, die Ge-
bietserweiterung oder Neubildung aber durch den
Willen der Bevölkerung gefordert wird und
wenn die Bevölkerung der betroffenen Länder
durch Abstammung festzustellen ist. Die
Reichsregierung ordnet die Abstimmung an.
Ein Drittel der zum Reichstag wähl-
baren Einwohner des abzutretenden Ge-
bietes es verlangt. Zum Beschluß einer Ge-
bietserweiterung oder Neubildung sind drei-
viertel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber
die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten
erforderlich. Zur Veränderung bzw. Regelung
der Bestimmungen der Reichsverfassung ist
der Reichstag nunmehr ein Gesetzgebungs-
organ, der bereits die Zustimmung des
Reichsrats gefunden hat. Dieser hat allerdings
einigen Paragraphe der Regierungsvor-
lage Änderungen vorgenommen. In der Be-
stimmung zur Vorlage wird u. a. gesagt: „Es
ist sich als notwendig erwiesen, im Gesetz zur
Ausführung des Artikels 18 der Reichsver-
fassung nicht nur reine Verfahrensvorschriften
zu bringen, sondern darüber hinaus gleichzeitig
den Artikel 18 den Ausbau zu geben, der eine

Belgien für Verschiebung der Konferenz von Genua

Genf, 20. Februar. (Eig. Meldung.) Das
meldet: In der Sonntags-Sitzung des auswärtigen
Ausschusses der Kammer erklärte Vandervelde, auf eine
Anfrage Jourdan, auch die belgische
Regierung habe sich der französischen
Auffassung angeschlossen, daß die Kon-
ferenz von Genua nicht vor Ende April
stattfinden dürfte. Unter allen Umständen sei es also
unmöglich, daß die Konferenz von Genua am 8. März
eröffnet werden könne.

Französische Delegierte nach London

Genf, 20. Februar. (Eig. Meldung.) Das
meldet: Die britische Regierung gab keine detaillierte
Antwort auf die französische Note betreffend die
Konferenz von Genua. Sie ersuchte die französische
Regierung in ihrem Telegramm, Vertreter zur Be-
sprechung der Frage nach London zu schicken. Die

schwierige Handhabung dieser schwierigen
Verfassungsvorschrift ermöglicht. Dies dürfte
um so unbedenklicher sein, als auch das Gesetz
über den Volksentscheid nicht nur Verfahrens-,
sondern neue materiell-rechtliche Vorschriften
gebracht hat.

Das diplomatische Korps im Vatikan

Rom, 19. Februar. Die Mitglieder des
diplomatischen Korps im Vatikan haben dem
Papst ihr Beglaubigungsschreiben übergeben.
Der spanische Gesandte, der Doyen des diplo-
matischen Korps, hielt eine Rede, in der er die
Freude der ganzen Welt über die Wahl des
Papstes ausdrückte und dessen hohe Tugenden
pries. Der Papst dankte und wies darauf
hin, daß er selbst seinerzeit Doyen des diplo-
matischen Korps gewesen sei. Er nehme mit
besonderem Vertrauen die Subsidium der Di-
plomaten und ihre Wünsche für das große
Friedenswerk entgegen.

Die italienische Ministerkrise

Rom, 19. Februar. Die Ministerkrise
ist der Lösung noch nicht nähergeführt. Der
König zeigte seine Besprechungen mit Parla-
mentariern fort. Heute vormittag empfing
er Boselli, de Nicola und Salan-
dra. Heute nachmittag wird der König die
Vizepräsidenten des Senats, der Kammer und
den früheren Ministerpräsidenten Orlando
empfangen.

Einsetzung der italienischen Kammerkassen.
Die italienische Kammer hat ihre Sitzung bis zur
endgültigen Lösung der Ministerkrise abgebrochen.
Man rechnete dieses Mal mit einer raschen Lösung
der Krise. Der König empfing gestern Boselli, de
Nicola, Salandra und die Vizepräsidenten des Se-
nats und der Kammer und Orlando.

Polnische Neuwahlen

Warschau, 19. Februar. Der Senatsentwurf
des polnischen Landtages hat beschlossen, den Ter-
min für die Neuwahlen auf den 25. Juni
festzusetzen. Diesen Dienstag wird das Plenum
über einen entsprechenden Antrag zu beschließen
haben.

16 Millionen Mark Lohngebelde geraubt

Szeged, 19. Februar. Auf den Rast-
platz der Zementfabrik Szeged
ist ein Raubüberfall verübt worden, wobei
ihm Lohngebelde in Höhe von 16 Millionen
polnische Mark entzogen wurden. An dem
Überfall beteiligten sich sechs Räuber. Die
Fabrikleitung hat auf die Entdeckung der
Räuber eine Belohnung von 500 000 Mk. aus-
gesetzt.

Deutscher Warenkredit für Rußland?

Paris, 20. Februar. Die Berliner Wor-
genblätter melden, es sei in Berlin ge-
gen einen Vorschlag mit 2 großen Banken
für einen sehr großen Warenkredit zugunsten
Rußlands abzusprechen. Auch mit der Direktion der
E. G. und mit den Siemens-Schubert-Werken
haben Verhandlungen stattgefunden.

Die Forderungen der Sowjets in Genua

Warschau, 19. Februar. Wie die polnische Tele-
graphenagentur aus Moskau meldet, ist die Sow-
jetkonferenz, in der Krassin den Vorsitz führt, bereit,
das Material für die Genuaer Konferenz vorzubereiten.
Die Sowjetdelegation wird auf der Konferenz
von Genua eine Entschädigung für die
Frankreich zur Zeit des Krieges gewährten
Unterstützungen verlangen sowie eine Ent-
schädigung für die durch die Angriffe von Ju-
denitz, Denikin, Koltchak, Wrangel und Polen
verursachten Ausgaben. Nach vor der Abreise der
Sowjetdelegation wird Lenin das Projekt der allge-
meinen Abrüstung Rußlands ausarbeiten.

Streit um eine Schiffsladung

Wien, 20. Februar. Die meisten Zeit-
ungen verlangen, daß die Ladung des französischen
Dampfers „Espoir“ konfisziert werde, da das
französische Schiff Munition und Kohle für die Re-
daktion transportiert habe. Hierzu bemerkt Sabas:
Nach den neuesten Ermittlungen enthält die La-
dung des Schiffes nur Kohlen, die von der Kom-
pagnie der Eisenbahngesellschaft in Norvika
geschickt wurde. Der Dampfer war am 10. Februar
an der Küste Klein-Alons angehalten worden und
am 12. Februar nach Salami gebracht worden.
Die griechische Regierung wollte die
Kohlen als Kriegskontributions-
gegenstände und demnach das Schiff konfiszieren.
Dagegen protestierte der französische Geschäftsführer
und die französische Regierung, da die beiden Na-
tionen nicht als Kriegsführende anerkannt werden
und demnach die Bestimmungen betreffend die Beschlagnahme
als Kriegskontributions-gegenstände nicht bei einem Schiff
angewendet werden können, das die französische
Flagge führt.

Wien, 20. Februar. Der einseitige Mi-
nister der Angelegenheiten teilte dem
Vertreter Frankreichs mit, daß der Ministerrat sich
entschieden habe, den Dampfer „Espoir“ wie-
der freizugeben.

Wünsche der bayerischen Eisenbahner

München, 19. Februar. Die Verbandsleitung
des bayerischen Eisenbahnerverbandes hat beschlos-
sen, den zuständigen Regierungsstellen in Berlin eine
Kundgebung zu unterbreiten mit dem dringenden
Ersuchen, umgehend den Beamten und Arbeitern
der Reichsbahn durch eine allgemeine durchgreifende
Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter
der Lohnsteigerung für die Bergarbeiter zurück-
bleibt, zu Hilfe zu kommen. Nur auf diese Weise
können eine Verhinderung des Eisenbahnpersonals ein-
treten und die von neuem gestiegene Streckenlänge
wirksam bekämpft werden.

Deutschland

Bayerischer Besuch in Dresden. Wie die Mün-
chener Nachrichten melden, wird sich Graf
Verdenberg im Anschluß an den Besuch der Leipziger
Weltausstellung in Dresden auf den Besuch der Reichs-
regierung begeben. Eine Reise nach Berlin sei nicht
in Aussicht genommen.

Verleumdungsverbot. Die internationalisierte Rheinland-
Kommission hat dem früheren Kommandanten der Em-
den, Kapitän von Müller verboten, im besetzten
Gebiet Vorträge zu halten.

Ausland

Italienisch-jugoslawische Einigung. Zwischen der
jugoslawischen Regierung und dem italienischen Ge-
sandten in Belgrad ist in der Frage der dritten
Zone in Dalmatien eine Einigung zu-
stande gekommen. Auch der jugoslawische Ge-
sandte in Italien ist dieser Tage um dieselbe Sache
Instruktionen nach Rom abgereist. Nach Erledigung
dieser Angelegenheit werden die Handelsvertreter
Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Die
italienischen Delegierten werden in Belgrad ein-
treffen.

Im Alter von 73 Jahren ist der ehemalige
Admiral Kurt v. Brinowitz und Grafen gestorben.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes
zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten zuge-
gangen.

19 tote Bergleute

Laurahütte, 20. Februar. Zu dem schweren
Grubenunglück auf „St. Johanni-Schacht“, das in-
folge Einströmens giftiger Gase entstanden ist, haben
bisher 19 Bergleute ihr Leben eingebüßt.

Die schiefhalsigen Junter von Raehne

Die Junter von Raehne auf Pöchow bei Ber-
lin scheinen die heutige Zeit verdrängen zu haben.
Sie wirtschaften und schreien auf ihrem Besitztum
herum wie zu Zeiten der Raubritter. Jedes Fam-
lienmitglied ist im Besitz von Schusswaffen und so
bald sich ein Fremder auf dem Gutsterrain sehen
läßt, wird auf ihn geschossen.

Im Herbst 1918 stand der damals erst 19-jährige
Karl v. Raehne vor dem Schöffengericht Wer-
der wegen einer Schießerei, bei der er einen auf
dem Schmiedewerke am Ufer der Raehneschen Lände-
reien beim Suchen nach Eisen von Wasserhähnen
angelegten Arbeiter durch einen Schrot-
schuß im Gesicht verletzten und einen zufäl-
lig vorbeifahrenden Zimmermann, der sich des Ver-
lehten annehmen wollte, ins Bein schloß. Der
schiefhalsige Junterprügling, gegen den nur der Zim-
mermann Anzeige erstattet hatte, erhielt wegen
„fahrlässiger“ Körperverletzung 400 Mark Geldstrafe,
aber es ist möglich, daß hinterher eine Verurteilungs-
kammer ihn sogar noch milder beurteilt hat
(worüber uns allerdings nichts bekannt geworden
ist). Der Angeklagte der damals noch Schüler war
und noch keineswegs den Eindruck eines 19-jährigen
machte, berief sich darauf, daß gerade an jenem
Tage sein Vater ihn angewiesen habe, draußen
„nach dem Rechten zu sehen“.

Kürzlich schloß von Raehne Vater auf ein Auto-
mobil, das sich auf das Terrain des Gutshofes ver-
tirt hat. Herr von Raehne bezahlte die Geldstrafe.

Neuerdings hat nun Herr von Raehne den Ar-
beiter Nietert, der auf dem Gutshof benach-
barten Terrain eine Fichte umgehauen hatte, mit
dem Revolver aus nächster Nähe einfach niederge-
schossen. Der Arbeiter Nietert liegt auf einem An-
genblick lebensgefährlich erkrankt im Krankenhaus.
Dazu wird heute gemeldet:

Potsdam, 19. Februar. Die Einwohner der
Dörfer am Werder versammelten sich heute nachmit-
tag in Glindow zu einer Protestversamm-
lung gegen das Verhalten des Herrn
von Raehne auf Pöchow am Schmiedewerke. Der
Arbeiter Nietert aus Glindow war von Herrn von
Raehne durch einen Revolverbeschuss lebensgefährlich
verletzt worden. Es wurde eine Entschädigung ange-
nommen, in der u. a. die restlose Entwaff-
nung sämtlicher früherer Mitglieder und Ange-
hörigen in Pöchow, Erhebung der Anklage gegen
Herrn von Raehne, Einleitung eines diszipli-
nariischen Verfahrens gegen den zu-
ständigen Oberstaatsanwalt von Pots-
dam wegen Begünstigung und gegen die Beamten
der Sicherheitsbehörden, insbesondere gegen den für
den Talort zuständigen Amtsvorsteher und den Land-
rat wegen Verletzung des Waffengesetzes gefordert
werden. Die Versammlung verlief in voller Ruhe.

Kleine Nachrichten

Das erste seit Kriegsende auf einer Hamburger
Werft erbaute Motor-Schiff, der 4000 Tonnen
große Ozeandampfer „Julius Schöndler“ hat seine
erste Fahrt nach Nordamerika angetreten. Das
Schiff wird mit einem Dieselmotor betrieben und
hat Vorrichtungen für drahtlose Telegraphie.

Die in den letzten Wochen geführten Verhand-
lungen über ein deutsch-italienisches Wirtschaftsab-
kommen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die
Unterschrift des Abkommens findet voraussichtlich
Anfang dieser Woche statt.

Auf dem Speicher des Rathauses von Cher-
bourg sind langsam vergessene Bilder von Jean
François Millet gefunden worden. Es handelt sich
um Werke aus Millets erster Künstlerzeit, darunter
ein Selbstbildnis und sieben Familienporträts, die
Millet im Alter von 27 Jahren gemalt hat. Die
Bilder wurden dem Museum von Cherbourg über-
lassen.

Wie wir hören, wird sich der Verfassungsau-
sich des preussischen Staatsrates in seiner
heutigen Sitzung u. a. auch mit der von den Rechts-
parteien eingebrachten Interpellation über die Frage
der ober-schlesischen Autonomie beschäftigen.
Die Behandlung dieser Frage, die ursprünglich
im Staatsrat stattfinden sollte, wird auf Grund
einer Vereinbarung in der Ausschussung beraten
werden.

